

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 21. Juni 2012

Vorlagen-Nr. 12-V-11-3001

Stellenplan 2012 / 2013

Beschluss Nr. 0355

1. Von den in der **Anlage 1** zur Vorlage aufgeführten Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung mit Wirkung zum Stellenplan 2012 / 2013 wird Kenntnis genommen.
2. Den in der **Anlage 2** zur Vorlage enthaltenen, durch organisatorische Maßnahmen oder aus tariflichen u. a. Gründen erforderlichen Stellenveränderungen wird zugestimmt.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 3.1 die finanziellen Auswirkungen dieser Stellenplanvorlage in der Personalkostenkalkulation für die Haushaltsjahre 2012 / 2013 nur teilweise berücksichtigt wurden und deshalb die stellenplanmäßigen Veränderungen - wie bisher - nur vollzogen werden dürfen, wenn die erforderlichen Mittel im Rahmen des festgelegten Budgets zur Verfügung stehen.
 - 3.2 den in **Anlage 3** aufgeführten Anträgen der Dezernate und Ämter zum Stellenplan 2012 / 2013 nicht entsprochen werden konnte.
 - 3.3 in **Anlage 4** die Planstellen aufgeführt sind, die aufgrund des mit Wirkung zum 01.11.2009 in Kraft getretenen Tarifvertrages für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst in die Entgeltgruppen „S“ umgewandelt wurden.
4. Der Stellenplan 2012 / 2013 wird festgestellt auf
 - 1.583 Planstellen für Beamte
 - davon 6 im Haushaltsplan AKK
 - davon 8 für die ELW
 - davon 1 für Mattiaqua
 - davon 1 für TriWiCon
 - 2.025 Planstellen für Tarifbeschäftigte (ehemals Angestellte)
 - davon 82 im Haushaltsplan AKK
 - 631 Planstellen für Tarifbeschäftigte (ehemals Lohnempfänger/-innen)
 - davon 3 im Haushaltsplan AKK

4.239 Planstellen insgesamt.

5. Die Befristung der 4 Stellen zur Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung wird gestrichen (siehe Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD 12-F-33-0062 Nr. 623, Dezernat VI/IM, Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0181 vom 23.05.2012). Die benötigten Planstellen werden aus dem Projekt „innovative Stellenbewirtschaftung“ zur Verfügung gestellt.

6. Die Beschlussfassung unter Ziffer 4. erfolgt mit der Maßgabe, dass die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschlossenen Anträge und Sitzungsvorlagen mit Auswirkungen auf den Stellenplan noch eingearbeitet werden.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 13.06.2012 BP 0257)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .06.2012

1. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister